

## Referat

### Die Militarisierung und die dazu notwendigen Notverordnungen der Weimarer Republik unter Brüning, Papen und Schleicher

#### **Kritik von Links (Kurt Tucholsky, Mai 1919)<sup>1</sup>**

Unser Militär!  
Erstmals, als ich ein kleiner Junge  
Und mit dem Ranzen zur Schule ging,  
schrie ich mächtig, aus voller Lunge,  
hört ich fern ein Tschingderingsching.  
Lief wohl mitten über den Damm,  
stand vor dem Herrn Hauptmann stramm,  
vor den Leutnants, den schlanken und steifen  
(...)  
und wenn dann die Trommeln und die  
Pfeifen  
übergingen zum Preußenmarsch,  
fiel ich vor Freude fast auf den Boden –  
die Augen glänzten – zum Himmel stieg  
Militärmusik! Militärmusik!  
(...)  
Und heute?  
Auch heute! Die Herrn oben  
Tun ihren Pater Noske loben  
Und brauchten als Stütze für ihr Prinzip  
Den alten, trostlosen Leutnantstyp.  
Das verhaftet, regiert und vertobackt Leute,  
damals wie heute –  
und fällt einer wirklich mal hinein,  
setzt sich ein anderer für ihn ein.  
Liebknecht ist tot. Vogel heidi.  
Solche Mörder straft Deutschland nie.  
Na und -?

Der Hass, der da unten sich sammelt,  
hat euch den Weg noch nicht verrammelt.  
Aber das kann noch einmal kommen (...)!  
Nicht alle Feuer, die tiefrot glommen  
Unter der Asche, gehen aus.  
Achtung! Es ist Zündstoff im Haus!  
Wir wollen nicht diese Nationalisten,  
diese Ordnungsbolschewisten,

---

all das Gesindel, das uns geknüttet,  
unter dem Rosa Luxemburg verblutet.  
Nennt ihr es auch Freiwilligenverbände:  
Es sind die alten, schmutzigen Hände.  
Wir kennen die Firma, wir kennen den Geist,  
wir wissen, was der Korpsbefehl heißt (...)  
fort damit-!

Reißt ihre Achselstücke  
In Fetzen – die Kultur kriegt keine Lücke,  
wenn einmal im Lande der verschwindet,  
dessen Druck kein Feuer verwindet.  
Es gibt zwei Deutschland-: eins ist frei,  
das andere knechtisch, wer es auch sei.  
Lass endlich schweigen, o Republik,  
Militärmusik! Militärmusik!

<sup>1</sup> Blochner, S: 280

Am 11. November 1918 wurde der erste imperialistische Weltkrieg durch die revolutionären Arbeiter und Soldaten beendet. Schon damals schrie die Reichswehr nach Revanche:

Kurt von Schleicher am 20. Dezember 1918: „Zuerst müsse man die Regierungsgewalt wieder aufrichten. Auf der Basis der wiederhergestellten Ordnung müsse man sodann zur Gesundung der Wirtschaft kommen. Erst auf den Schultern einer aus den Trümmern wieder aufgebauten Wirtschaft könne man alsdann nach langen mühevollen Jahren an die Wiedererrichtung der äußeren Macht herangegangen werden.“<sup>2</sup>

Am 28. Juni 1919 wurde dann der Vertrag von Versailles unterzeichnet. Er erklärte den deutschen Imperialismus als Alleinschuldigen an dem Kriege, d. h. auch sämtliche Kriegs- und Kriegsfolgekosten sollten von Deutschland übernommen werden. Zu diesen Reparationszahlungen waren weder die Höhe, noch die Dauer der Zahlungen angegeben (abgesehen von 20 Mrd. Goldmark im Zeitraum von Kriegsende bis April 1921<sup>3</sup>).

Ein weiterer und äußerst wichtiger Punkt des Vertrages ist Teil V, die Bestimmungen über die Land- See- und Luftstreitkräfte<sup>4</sup>.

Solange diese Bestimmungen nicht gelockert oder aufgehoben wurden, konnte die 1923 beginnende Wiederaufrüstung keine qualitative sein. In dieser Zeit wurden von der Reichswehrführung Pläne gemacht, die die Schaffung einer modernen Massenarmee, ebenso wie die begrenzte materielle und qualitative Rüstung für Heer und Marine vorsahen<sup>5</sup>.

Aufgrund der Einschränkungen des Heeres auf 100.000 und der Marine auf 15.000 Mann, war die Reichswehrführung mit ihrem streben nach Revanche, also ihrer Rüstungspolitik auf Streitkräfte außerhalb der Reichswehr angewiesen. Außerdem befürchteten die Generale, die Truppen würden durch zu häufigen Einsatz im Inneren „abnutzen“.

Zu den paramilitärischen Hilfstruppen zählten u. a. der Stahlhelm, die SA und später die SS.

Der Stahlhelm war der größte, paramilitärische Verband der Weimarer Republik. In ihm fanden Soldaten a. D. (z. B. Chef der Heeresleitung Generaloberst Heye, nach seinem Ausscheiden aus der RW, 1930) eine Organisation, in der sie ihre reaktionäre und konterrevolutionäre Haltung zum Ausdruck bringen konnten. Finanziert durch den Deutschen Herrenclub – DHK (u. a. Friedrich Fick, Franz von Papen und Fritz Thyssen. Hindenburg war Ehrenmitglied), war der Stahlhelm an die DNVP (Hugenberg) angebunden. In einer Denkschrift des preußischen Innenministeriums vom Dezember 1929 heißt es u. a. über „die sog. Wehrsporttätigkeit des Stahlhelm in Rheinland und Westfalen: ... um ein reges

---

<sup>2</sup> Carlebach, S 26

<sup>3</sup> Weitere Zahlungen sollten von einer Wiedergutmachungskommission bestimmt werden; Artikel 235 Versailler Vertrag

<sup>4</sup> Artikel 160; § 1. Spätestens am 31. März 1920 darf das deutsche Heer nicht mehr als sieben Infanterie-Divisionen und drei Kavallerie-Divisionen umfassen. Von diesem Zeitpunkt an darf die Gesamtstärke des Heeres der Staaten, die Deutschland bildet, nicht einhunderttausend Mann überschreiten, einschließlich Offiziere und das Personal der Depots. Das Heer soll ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Gebiets und als Grenzschutz verwandt werden. Die Gesamtstärke der Offiziere, einschließlich des Personals der Stäbe, einerlei wie sie zusammengesetzt sein mögen, darf viertausend nicht überschreiten.

<sup>5</sup> Nuß, S 319

*Zusammenarbeiten mit der RW zu garantieren, standen die leitenden Stellen des Stahlhelm in ständiger Fühlung mit den besoldeten Vertrauensleuten der RW.*“<sup>6</sup>

Der SA wurden, ebenso wie dem Stahlhelm Ausbilder, Truppenübungsplätze, Material, etc. von der RW-Führung zur Verfügung gestellt.

Reaktionäre Historiker behaupten heute, die RW sei gegen die Hitlerfaschisten gewesen. Bestätigung findet dies in den Aussagen des RW-Ministers Gröners<sup>7</sup>, Anfang 1930, in der er sich Hart gegen die faschistische Zellenbildung in der RW ausspricht. Jedoch ist die einzige Begründung für Gröners Rede hierin zu finden, dass die RW-Führung befürchtete, die Streitigkeiten der verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppen (zu denen wir später noch kommen) würden die Kampfmoral der Truppe einschränken.

Außerdem bezeugt ein anderer Befehl Gröners vom 8. Februar 1932 zur Frage der Beschränkungen von Nazis für den Eintritt in die Reichswehr: *„Nur solche Verbände haben Lebensberechtigung, die die nationalen und staatspolitischen Ideale pflegen...Entgleisungen einzelner Führer oder Mitglieder von Verbänden können daher noch kein Grund zum Ausschluss aller Mitglieder derartiger Verbände oder Parteien sein.*“<sup>8</sup> die Politik der RW gegenüber den Faschisten

Die Befürwortung des Militärs für die Faschisten lässt sich außerdem gut mit einem Zitat von Schützle unterlegen:

*„In den wichtigsten Parteien wurden verabschiedete hohe Militärs in einflussreiche Positionen geschoben ... so Epp für die Nazis, von Lettow-Vorbeck für die Volkskonservativen, von Seeckt für die Volkspartei, Salzberg für die Staatspartei. ... Auf eine Anfrage der Deutschen Allgemeinen Zeitung (dem Presseblatt des industriellen Kapitals - MS) im Dezember 1930 „Was halten sie von einer Regierungsbeteiligung Hitlers?“ antwortete z. B. Seeckt: „Die Frage ... beantworte ich mit einem uneingeschränkten Ja. Sie (die Regierungsbeteiligung - MS) ist mehr als das; sie ist Notwendig. Ich möchte dieses Ja nicht im engen parteipolitischen und parlamentarischen Sinn verstanden wissen; denn ganz abgesehen davon, ob vermindert oder verdoppelt – das, was in dieser Bewegung den Kern bildet, das nationale empfinden, der Wehrwille, das soziale Verständnis, alles getragen von jugendlichen, reformbestrebten Auftrieb, alle diese Elemente sind ein notwendiger Bestandteil der Regierung der Zukunft...“ mit diesen Worten brachte Seeckt die Meinung eines großen und einflussreichen Kreises zum Ausdruck.“*<sup>9</sup>

## Kapital und Krise

Das industrielle Kapital war in dieser Zeit in zwei Lager gespalten:

---

<sup>6</sup> Schützle, S 63f

<sup>7</sup> Wilhelm Gröner, nach hohen Verdiensten wurde er ab Januar 1928 Reichswehrminister und ab Oktober 1931 zusätzlich Reichsinnenminister. Nach der Wahl Hindenburgs verbot er kurzzeitig die SA und wurde von Schleicher daraufhin zum Rücktritt als Reichswehrminister gedrängt. Mit dem Sturz Brüning als Kanzler verlor er auch sein Amt als Reichsinnenminister. Carlebach.

<sup>8</sup> KPD, S22

<sup>9</sup> Schützle, S 92f

Auf der einen Seite die Kohle-, Eisen- und Stahlkapitalisten, welche am stärksten von der Krise erfasst wurden. Zu allem bereit, unterstützten sie ab Januar 1931 auch offiziell die Hitlerfaschisten. Doch war ihre Position eben dadurch zu schwach, um die alleinige Macht an sich zu reißen.

Ganz anders stand es um das Chemie- und Elektro-Kapital<sup>10</sup>. Sie waren als die großen „Gewinner“ der Krise die tonangebende Fraktion. Sie sorgten dafür, dass der Sturz der Republik in langsamen Schritten vorstatten ging. Das hatte zwei Gründe:

- 1) waren sie nicht aus Not, also aus Angst vor einem möglicherweise bevorstehenden Bankrott für die faschistische Diktatur, sondern zur Ausweitung ihrer Produktions- und Ausbeutungsbasis (wie es nur unterm Faschismus und im Kriege möglich ist) – also zur langzeitigen Sicherung ihrer Interessen.
- 2) und da waren sie sich mit der RW-Führung einig, bestand in einem zu schnellen Vorgehen die Gefahr, dass auch die revolutionäre Seite wieder mehr Zulauf bekam, wie es 1923 beim Hitler-Putsch der Fall war.

#### Von Müller über Brüning...

Ich will hier nun den Weg der Weimarer Republik vom letzten, gewählten Präsidenten Hermann Müller, SPD (28. Juni 1928 – 30. März 1930) über die Zeit der sog. Präsidialkabinette –

Heinrich Brüning, Zentrum (30. März 1930 – 31. Mai 1932);

Franz von Papen, parteilos (bis 3. Juni Zentrum) (1. Juni 1932 – 1. Dezember 1932);

Kurt von Schleicher, parteilos (3. Dezember 1932 – 28. Januar 1933) – bis hin zur offenen faschistischen Diktatur ab dem 30. Januar 1933 aufzeigen.

Brüning wird von den bürgerlichen Historikern heute oft als ein Mann dargestellt, der nicht für die Errichtung des Faschismus in Deutschland steht. Er selbst sagt von sich, dass er der letzte demokratische Reichspräsident der WR gewesen sei.<sup>11</sup> Die Fakten beweisen gegenteiliges. Er selbst beschreibt in seinen Memoiren, wie er an die Macht kam und den Weg für Hitler ebnete.

Laut der heutigen Geschichtsschreibung (beginnend ab 1945) wurde Müller vom Kabinett wegen einer Auseinandersetzung um eine weitere Kürzung der Arbeitslosenunterstützung gestürzt. Hätte die SPD nachgegeben, und mehr gekürzt als gewollt, so sei es nicht zum Faschismus gekommen.

Doch bereits Brüning gibt dieser Legende den Todesstoß. Denn dieser wusste bereits ein Jahr zuvor, was geschehen würde.

Bereits an Ostern 1929 sprach ein Abgesandter Schleichers, Oberstleutnant Willsen mit Brüning. Ein paar Tage später wurde er auch von Schleicher persönlich empfangen. Lassen wir Brüning selbst aus seinen Erinnerungen sprechen:

---

<sup>10</sup> Ebenda, S 250; Arbeiterbund, S 79 – 86

<sup>11</sup> Carlebach, S

*„Schleicher: Der Reichspräsident würde nicht die Verfassung verletzen, aber er würde das Parlament im gegebenen Augenblick für eine Zeit nach Hause schicken und in dieser Zeit mit Hilfe des Artikels 48 die Sache in Ordnung bringen.“<sup>12</sup>*

Doch sollte die SPD nicht sofort unterdrückt werden. Hier spiegelt sich der Kurs des Chemie- und Elektro-Kapitals wieder. *Langsam nährt sich das Eichhörnchen...* in der Tat. Die Hauptstütze der Bourgeoisie jetzt zu stürzen, wäre ein wenig verfrüht gewesen. Dazu noch einmal das Gespräch Brüning/Schleicher:

*„Brüning: der patriotische Schwung, der durch die Räumungsfeiern auch über die Sozialdemokraten kommen wird, schafft vielleicht die Möglichkeit, diese so weit zu bringen, dass sie zumindest eine Situation wie in Ungarn (unter der Horthy-Diktatur - MS) toleriert.*

*Schleicher: Phantastisch. Das ist ganz meine Idee. Hermann Müller ist zwar krank, aber ein fabelhaft anständiger und patriotischer Mann.*

*Brüning: dann stimmen wir darin überein, dass die Monarchie unter keinen Umständen gegen die Masse der geschulten Arbeiterschaft eingeführt werden darf. Die Monarchie muss am Ende der Reformen stehen.“<sup>13</sup>*

In der Tat. In einer weiteren Verhandlung zwischen Brüning/Schleicher, drei Monate vor dem Sturz Müllers, erklärt Schleicher Brüning das Vorgehen; das Müller nämlich noch den Buhmann in der Sache des Young-Planes<sup>14</sup> spielen sollte. Dann jedoch sollte er gestürzt werden.

*Brüning: „Nach dem Essen fingen Schleicher und Meißner an, mir klarzumachen, dass der Reichspräsident unter keinen Umständen gewillt sei, nach Verabschiedung des Young-Planes noch das Kabinett Hermann Müller im Amt zu lassen... (er) würde gestürzt werden, und sein Nachfolger würde im Notfall die Vollmacht des Artikels 48 bekommen.“<sup>15</sup>*

So geschah es. Am 11./12. März 1930 wurden die Gesetze angenommen, zwei Wochen später die Sozialdemokratie ins Bockshorn gejagt und Müller gestürzt.

Der Young-Plan spielte in der Militarisierung der Weimarer Republik in mehrerer Hinsicht eine große Rolle.

- 1) wurde das bis dahin unter alliierter Kontrolle stehende Ruhrgebiet an Deutschland zurückgegeben. Da dort die größten Kohlegruben und damit ein Großteil der Eisen- und Stahlindustrie verankert war, konnte die Aufrüstung nun noch schneller voran getrieben werden.

---

<sup>12</sup> Ebenda, S 13

<sup>13</sup> Ebenda, S 14

<sup>14</sup> Nach Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 unter Führung von O. Young (US-Amerikanischer Finanzkapitalist) die Reparationssumme Deutschlands auf 112 Milliarden Reichsmark mit einer Laufzeit bis 1988 festgelegt. Die durchschnittliche Jahresrate betrug 2 Milliarden Reichsmark. Reichsbahn und Reichsbank standen fortan nicht mehr unter ausländischer Kontrolle, die Einschränkung der deutschen Souveränität wurde damit aufgehoben

<sup>15</sup> Carlebach, S 15

- 2) Waren konkrete Reparationszahlungen festgelegt worden. Durch die weitere Absenkung der Sozialleistungen (auf die wir später noch genauer eingehen) und die gewollte Verschärfung der Krise, kam es nie zu diesen Zahlungen. Zudem konnte dem Ausland die Erhöhung des Wehretats besser verkauft werden, da auch das Investieren in die Industrie bedeutete und so als *Konjunkturprogramm* verkauft werden konnte.

Hitler sagt über Brüning und den Prälat Kaas, sie seien die einzigen Politiker, „die das Wohl des Volkes wollten und nicht intrigierten.“<sup>16</sup>

Jede antifaschistische Regung denunzierte er als „nassforschtes Bekämpfen der Nazis“ und empfahl stattdessen „ihr vorsichtiges Hineinspielen in langwierige politische Verhandlungen.“<sup>17</sup>

In einer Reichstagsrede am 25. Februar 1932: „Sie werden nicht sagen können, meine Herren Nationalsozialisten, dass ich in einer Rede gegen Sie etwa zu scharf gewesen wäre...Loyalere und im Interesse des Vaterlandes mehr bemüht als ich, um die Oppositionsgruppen schrittweise an den Staat heranzubringen, loyalere, als ich gearbeitet habe, gibt es überhaupt keine Möglichkeit.“<sup>18</sup>

Brüning arrangierte sofort nach der Umbildung seines Kabinetts ein erstes Treffen zwischen Hindenburg und Hitler.

Die DAZ war da ehrlicher. Am 4. Oktober 1931 schreibt sie: „Brünings politische Tätigkeit kann man doch nur dahin zusammenfassen, dass sie, mit einem Wort Bismarcks, die Vorfrucht der nationalen Diktatur bedeutet, d.h., er gewöhnt das Volk an die Diktatur und ermöglicht es seinen Nachfolgern, sich zu behaupten unter Hinweis auf ihren Vorgänger.“<sup>19</sup>

Sein militaristisches Denken bringt Brüning in einer Rede zur Reichspräsidentenwahl 1932 zum Ausdruck: „*Meine Damen und Herren, Sie haben sich zusammengefunden, welcher politischen Richtung Sie auch waren, in demselben Geiste, (...) in dem sich in der Not des Vaterlandes im Jahre 1914 die Angehörigen aller Parteien zusammengefunden haben. Das ist die Grundlage, diese Gesinnung.... In diesem Sinne ziehen wir in den Kampf.*“<sup>20</sup>

Brüning glaubt, langsam operieren zu sollen. Die Reichswehr aber verlangte Tempo: „*in sechs Monaten muss man das (die einzuleitenden Reformen, zur offenen Diktatur – MS) Schaffen.*“<sup>21</sup>

Aus diesem Grund wurde Brüning wohl durch Papen und dieser durch Schleicher ersetzt.

...über Papen...

---

<sup>16</sup> Ruge1, S.77

<sup>17</sup> Ebenda, S.78

<sup>18</sup> KPD, S.18

<sup>19</sup> Carlebach, S 30

<sup>20</sup> KPD, S 21

<sup>21</sup> Carlebach, S 14

Ab dem 1. Juni 1932 regierte nun also Franz von Papen. Bis dahin zum Zentrum gehörend, trat er 2 Tage nach seinem Amtsantritt aus der Partei aus. 7 seiner 10 Regierungsmitglieder gehörten dem Adel an, darum sprach Volk auch vom „Kabinett der Barone“

Clara Zetkin, die am 30.08.1932 als Alterspräsidentin den Reichstag eröffnete, hatte die Situation lange durchschaut. Sie sagte: „Die politische Macht hat zur Stunde in Deutschland ein Präsidialkabinett an sich gerissen, das der Handlanger des vertrusteten Monopolkapitals und des Großagrariertums und dessen treibende Kraft die Reichswehrgeneralität ist.“<sup>22</sup>

Wenige Tage nach Amtsantritt, am 14.Juni, hob Papen das SA-Verbot auf, das erst zwei Monate vorher aus taktischen Gründen der Außenpolitik von der Brüning-Regierung verhängt worden war<sup>23</sup>.

Die Absetzung der sozialdemokratischen Landesregierung in Preußen wurde am 20 Juli durchgeführt, der sog. „Preußenschlag“ er bedeutete eine massive Zentralisierung des Staatsapparats: Die preußische Polizei war mit insgesamt 100.000 Mann der einzige Machtfaktor im deutschen Reich der damaligen Zeit, der es mit der Reichswehr hätte aufnehmen können<sup>24</sup>. Die vollziehende Gewalt in Preußen wurde an Generalleutnant von Rundstedt übertragen. Widerstand kam weder von der Sozialdemokratie, noch von ihrer Basis, den Arbeiter. Somit wurde auch die preußische Polizei der RW zur Seite gestellt.

Unter Papen ging es auch noch einmal um den Versailler Vertrag: Am 9.Juli 1932 wurde die Lausanner Konferenz mit der Unterzeichnung einer Schlussakte abgeschlossen. Deutschland wurde offiziell zur Zahlung einer Abschlagssumme von 3 Milliarden Reichsmark verpflichtet, die aber nie gezahlt wurden. Das bedeutete weitere finanzielle Mittel für die Aufrüstung und Vorbereitung auf den Krieg.

### ...über Schleicher zu Hitler...

Kurt von Schleicher war ab Anfang Dezember 1932 im Amt. Er ebnete den Weg für den Hitlerfaschismus in den letzten Punkten.

### Notverordnungen

Die Notverordnungen, mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung durchgesetzt, charakterisierte Carl Duisburg, Chef der IG-Farben als ein „*erster Anfang einer Umkehr nach 10 Jahren falscher Wirtschafts- und Finanzpolitik*“<sup>25</sup> sie bedeuten vor allem die Kürzungen bzw. Streichung der Sozialkassen. Allein durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurden Löhne um 12 %<sup>26</sup> gesenkt. Ausgeschlossen war immer die RW, wo diese Lohnkürzungen zum Teil z. B. durch entsprechende Erhöhung des Verpflegungsgeldes ausgeglichen wurden.

---

<sup>22</sup> Verhandlungen..., S 1-3

<sup>23</sup> Carlebach, S

<sup>24</sup> Schützle, S 168

<sup>25</sup> Ruge, S.15

<sup>26</sup> KPD, S 78

Die Preise wurden währenddessen wurden um 7% gesenkt. Konkret bedeutet dies:

Hungeretats der Gemeinden für Wohlfahrtserwerbslose am Beispiel Bottrop:

Pro Woche (Wert: 3,65 Mark)

1 Brot	¼ Pfund Salz
7 Pfund Kartoffeln	1/3 Pfund Mehl
1/2 Pfund Speck	½ Pfund Hülsenfrüchte
1/2 Pfund Margarine	½ Pfund Malzkaffee
1/4 Pfund Schmalz	½ Pfund Heringe
1 Pfund Sauerkohl	¼ Liter Essig
1 Pfund Möhren	1 Ei
1 Pfund Spinat oder Kohl	125 Gramm Seife
1/2 Pfund Zucker	½ Pfund Gefrierfleisch

Das entspricht folgendem Küchenzettel:

Morgens: Schwarzen Malzkaffee mit trockenem Brot

Mittags: einen Tag Sauerkohl mit etwas Speck  
am 2.Tag Möhren mit Kartoffeln und Margarine

am 3.Tag Spinat mit einem Ei

am 4.Tag Erbsen mit Speck

am 5.Tag Hering mit Kartoffeln

am 6.Tag dito

am 7.Tag Gefrierfleisch mit Kartoffeln

Abends: vom morgendlichen Malzkaffee der zweite Aufguss mit trockenem Brot

Einschätzung des sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ vom 10.Dezember 1931: „Wir stellen fest, dass sich in dieser Notverordnung ... mit Urgewalt durchgesetzt hat, was in dem sozialdemokratischen Parteiprogramm ... als marxistische Erkenntnis verankert ist.“ Die SPD schätzt ein, dass der „Staatskapitalismus“ schon ein „Stück Sozialismus sei. (KPD, S.78 f.)

Zum Lohnabbau erklärt der Vorwärts vom 15.Dezember 1931:

„Es ist ein ehrenvolles Zeugnis für die politische Reife der Arbeiterklasse, wenn jetzt überall immer wieder erklärt wird: wir sind bereit, für einige Zeit auch Entbehrungen zu ertragen, wenn nur der Kampf gegen den Faschismus zum entscheidenden Siege geführt wird.“<sup>27</sup>

Laut bürgerlicher Presse wurden allein durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 600 Mio. „zur Sanierung von Wirtschaft und Finanzen“ gespart<sup>28</sup>

---

<sup>27</sup> Ebenda, S 82

<sup>28</sup> Ebenda, S.30

## Quellen:

- ▶ Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (Hrsg.): „Thesen zur Strategie und Taktik“; München 1980
- ▶ Blochner, Ludwig (Hrsg.): „Geschichte und Geschehen II“; Ernst Klett Schulbuch Verlag GmbH, Stuttgart 1995
- ▶ Carlebach, Emil: „Hitler war kein Betriebsunfall. Hinter den Kulissen der Weimarer Republik: Die vorprogrammierte Diktatur“; Röderberg, FfM 1978
- ▶ Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung - Chronik Teil II“; Berlin 1966
- ▶ Kommunistische Partei Deutschlands: „Zwei Jahre Brüning-Diktatur“; Berlin, o. J.
- ▶ Nuß, Karl: „Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik“; Militärverlag der DDR, Berlin 1977
- ▶ Oberst Schütze, Kurt: „Reichswehr wider die Nation“; Deutscher Militärverlag, (Ost-)Berlin 1963
- ▶ Verhandlungen des Reichstages, VI. Wahlperiode, 1932, Band 454